

Nr. XIX. GP-NR  
2143/J  
1995 -11- 17

## ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Stadler und Kollegen  
an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten  
betreffend Unregelmäßigkeiten innerhalb der islamischen Glaubensgemeinde.

Dem Vernehmen nach sollen islamische Religionslehrer in verschiedenen Schulen unterrichten, die öfters über hundert Kilometer zwischen ihren Schulen zurücklegen müssen. Dies hat zur Folge, daß das Kilometergeld teilweise ein Vielfaches des eigentlichen Gehaltes ausmacht. Die Möglichkeit, die Lehrer in benachbarten Schulen einzuteilen, bestünde durchaus. Außerdem sollen viele Lehrer unqualifiziert sein, da sie keine entsprechende Ausbildung genossen haben und praktisch nur nach einem Schnellkurs auf die Schüler losgelassen werden.

Wie uns weiters von islamischen Religionslehrern berichtet wurde, ist der Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft, Herr Ahmed Abdelrahimsai, gleichzeitig der einzige Fachschulinspektor für den islamischen Religionsunterricht in Österreich. Er führt allerdings so gut wie keine Inspektionen durch. Er glänzt nicht nur durch seine diesbezügliche Untätigkeit, sondern ihm wird auch präpotentes Verhalten gegenüber den meisten Schuldirektoren vorgeworfen, was zur Folge hat, daß diese auf den islamischen Religionsunterricht im allgemeinen schlecht zu sprechen sind.

Darüber hinaus verhalte sich der Präsident gegenüber den einzelnen Lehren diktatorisch und vertrete diesen gegenüber rassistische Ansichten hinsichtlich anderer Volksgruppen (z.B.: Arabern). Dr. Abdelrahimsai, der sich in den Medien als tolerant und liberal gebe, habe nach dem Attentat auf den ägyptischen Präsidenten Mubarak in einer Lehrerversammlung sogar gesagt, daß die Ägypter nur Maulhelden seien und offenbar nicht selbst imstande seien, Mubarak umzubringen. Diese Vorwürfe wurden von empörten islamischen Religionslehrern bereits schriftlich an Ihr Ministerium herangetragen.

Der Herr Präsident pflege seine persönlichen Beziehungen mit der Türkei auf Kosten der Republik Österreich. Wer eigene Meinungen äußere bzw. Vorschläge mache, werde entlassen und durch linientreue Leute ersetzt. Weiters würden von ihm die neuen türkischen „Lehrer“ zu persönlichen Arbeitsdiensten herangezogen. Bei Scheinwahlen ließe er sich jedesmal von seiner Hausmacht bestätigen und andere (auch österreichische) Muslime würden nicht zu Wort kommen, sie würden abgelehnt und kaltgestellt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten folgende

### **ANFRAGE**

- 1.) Sind Ihnen die oben geschilderten Mißstände bekannt, zumal die Vorwürfe von islamischen Religionslehrern schriftlich bei Ihnen deponiert wurden?
- 2.) Wieviele islamische Religionslehrer sind zur Zeit in Österreich beschäftigt?
- 3.) Welche Gesamtkosten erwachsen der öffentliche Hand in den letzten 3 Jahren durch den islamischen Religionsunterricht gegliedert in Sach- und Personalaufwand?
- 4.) Wieviele islamische Religionslehrer unterrichten an mehreren Schulen?
- 5.) Welche Entfernungen sind von diesen Lehrern im Höchstmaß zurückzulegen?
- 6.) Sind an Ihr Ministerium schon Beschwerden herangetragen worden, wonach islamische Religionslehrer in der Ausübung ihres Dienstes unzuverlässig seien oder teilweise überhaupt nicht zum Unterricht erscheinen würden? - Wenn ja, welche Maßnahmen haben Sie gesetzt um derartige Mißstände abzustellen?
- 7.) Sind Ihnen die Machenschaften und der fragliche Führungsstil des Herrn Abdelrahimsai bekannt?
- 8.) Hat Ihr Ministerium Beschwerden österreichischer Schuldirektoren oder Schullehrer über den Herrn Abdelrahimsai erhalten? - Wenn ja, was wurde hierauf unternommen?